

Antrag

der Abgeordneten Jan Korte, Ulla Jelpke, Petra Pau, Kersten Naumann, Sevim Dağdelen, Dr. Hakki Keskin und der Fraktion DIE LINKE.

Zugriff von Geheimdiensten auf das Schengener Informationssystem der zweiten Generation verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Derzeit liegen dem Rat der Europäischen Union Vorlagen zu einem Beschluss und zu einer Verordnung „über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)“ (KOM (2005) 230, KOM (2005) 236) zur Entscheidung vor. Bei Verabschiedung dieser Vorlagen würde der Rahmen des bisher bestehenden Schengener Informationssystems (SIS) nicht nur in Richtung der neuen EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet. Auch die Möglichkeiten, personengebundene Daten zu speichern, diese miteinander zu verknüpfen und von einer großen Anzahl nationaler Behörden abzurufen, würden ausgedehnt.

Der Nachbericht des Bundesministeriums des Innern zur Sitzung des Rates für Justiz und Inneres (5./6. Oktober 2006) vom 10. Oktober 2006 macht zum wiederholten Male deutlich, dass sich der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, dafür einsetzt, dass Nachrichtendienste der EU-Mitgliedstaaten Zugang zum SIS II erhalten sollen: „Die Mitgliedstaaten bestätigten erneut die Notwendigkeit eines Zugangs derjenigen Behörden (einschließlich der Dienste) zum SIS, die ihrerseits Daten einstellen“.

Neben datenschutzrechtlichen Bedenken hat sich das Europäische Parlament (EP) explizit gegen einen Zugang von Geheimdiensten zum SIS II ausgesprochen. Hierzu der Berichterstatter des EP, Carlos Coelho: „Die Abgeordneten weigerten sich jedoch, dem Vorhaben des Ministerrats zuzustimmen und auch den nationalen Geheimdiensten Zugriff zum System zu gewähren. Der Vorschlag, den Geheimdiensten Zugang zu SIS II zu geben, macht keinen Sinn“, sagte der Berichterstatter in der Debatte (EP-Pressedienst vom 25. Oktober 2006).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in den entsprechenden Gremien der Europäischen Union, insbesondere dem Rat für Inneres und Justiz, keinen Entschließungen oder Vorlagen zuzustimmen, die Geheimdiensten einen Zugang zum SIS II eröffnen.

Berlin, den 28. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Bürgerrechtsorganisationen wie die britische „Statewatch“ zeigen in ihren Analysen, dass sich das SIS in der vorgeschlagenen Art und Weise wesentlich wandelt: von einem Instrument, das dazu dienen sollte zu überprüfen, ob gegen eine festgenommene Person bereits in einem anderen Mitgliedstaat ermittelt wird, zu einem Instrument polizeilicher und geheimdienstlicher Ermittlungen. Auch in der „Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zum Schengener Informationssystem (SIS II) der zweiten Generation“ wird festgestellt, „dass das SIS im Laufe der Jahre nicht mehr als Ausgleichsmaßnahme [für den Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen] gesehen wurde, sondern eher als nützliches und effizientes Instrument für die polizeiliche Zusammenarbeit, dessen Daten zu anderen Zwecken als ursprünglich vorgesehen genutzt werden können“.

Mit dem SIS II wird eine europäische Datensammlung geschaffen, ohne dass zuvor die notwendigen Regelungen für einen wirksamen Datenschutz verabschiedet worden wären. Durch die von verschiedener Seite gewünschte Verknüpfung von SIS II und EURODAC bzw. VIS würden des Weiteren massenhaft – darunter besonders sensible biometrische – Daten von Drittstaatsangehörigen in den Datenbestand einfließen. Kontrollen über die Verwendung der Daten und die Quellen der Daten sind – wenn überhaupt – dem Gebrauch der Daten zeitlich nachgelagert.

Das SIS II ist ein weiteres Instrument zum Abbau bürgerlicher Freiheiten in der Europäischen Union und dient in seiner vorgeschlagenen Version gerade nicht der Freizügigkeit des Personenverkehrs und Gewährleistung von Sicherheit für die Menschen, die sich in der Europäischen Union aufhalten, sondern der polizeilich-justiziellen Zusammenarbeit in Form eines Fahndungssystems.

Die Öffnung dieses Systems für Geheimdienste sprengt den Rahmen eines demokratisch und friedlich verfassten Europas noch weiter auf. Geheimdiensten muss der Zugang zum SIS II verschlossen bleiben.